

Antrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Krefeld



-öffentlich-

Vorlagennummer

5103/23 A

Krefeld, 08.08.2023

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Beschlussform
Ausschuss für Verwaltung, Ordnung und Sicherheit	07.09.2023	beschließend

Betreff

Informationen für Beamtinnen und Beamte betreffend Pensionsansprüche – Einbringung eines Antrags der CDU-Fraktion

Beschlussentwurf

Der Ausschuss für Verwaltung, Ordnung und Sicherheit beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Beamtenverhältnis analog zu deren tariflich beschäftigten Kolleginnen und Kollegen in regelmäßigen Abständen Informationen über die individuellen Pensionsansprüche zur Verfügung zu stellen. Als Vorbild hierfür soll die Mitteilung der Deutschen Rentenversicherung dienen.

Begründung

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden altersabhängig regelmäßig über ihre bereits erworbenen (gesetzlichen) Rentenansprüche von der Deutschen Rentenversicherung informiert. Ebenso werden sie darüber informiert, in welcher Höhe sie Rentenzahlungen zu erwarten haben, wenn sie bis zur Regelaltersgrenze weiterarbeiten (bei konstantem Gehalt). Für Beamtinnen und Beamte gibt es eine solche Information nicht. Insbesondere im Hinblick auf Teilzeitbeschäftigung und/oder Schwerbehinderung können sich Situationen ergeben, in denen Beamtinnen und Beamte nicht wissen, ob und wann sie nach 40 Dienstjahren die vollen Pensionsansprüche in Höhe von 71,75 % erreichen werden (entspricht jährlich 1,79375 %).

Da sich der individuelle Pensionsanspruch nach dem zuletzt bekleideten statusrechtlichen Amt, der entsprechenden Besoldungsgruppe und den Dienstjahren richtet, bietet es sich nach Auffassung der CDU-Fraktion an, hier die Pensionsansprüche in Prozent (Ruhegehaltssatz) auszudrücken. Eine Berechnung in Euro kann dann nur für die aktuelle Besoldungsstufe unter Fortschreibung der Erfahrungsstufen bis zum Erreichen der Regelaltersgrenze erfolgen.

Die Einführung einer solchen regelmäßigen Information für die Beamtinnen und Beamten der Stadtverwaltung soll ein zusätzlicher Service für diese Personengruppe sein, so zu deren Arbeitszufriedenheit beitragen und damit die Mitarbeiterbindung erhöhen. Gleichzeitig wird dadurch die individuelle Lebensplanung erleichtert.

gez.

Timo Kühn

Sprecher im Ausschuss für
Verwaltung, Ordnung und Sicherheit